



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR VERKEHR

**Förderantrag
E-Quartiershubs
in Baden-Württemberg**

Hinweis: Zuwendungen können nur auf schriftlichen Antrag gewährt werden und nur dann, wenn es sich um ein förderfähiges Vorhaben handelt. Ein Rechtsanspruch der AntragstellerInnen auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Es kann nur ein Antrag je Vorhaben eingereicht werden.

Der Antrag ist beim Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg als **ein elektronisches Dokument** (ungeschützte PDF-Datei, alle Dokumente dürfen in Summe 10 MB nicht überschreiten) mit dem **Betreff:** „Projektantrag E-Quartiershub“ bis zum **15.10.2023** um 23:59 Uhr unter: **E-Foerderung-bw@vm.bw.de** einzureichen.

1. Allgemeine Angaben

1.1. AntragstellerIn

Name bzw. Firma ¹	
Name, Vorname Gesetzliche/r VertreterIn ²	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Rechtsform	
Branche	
Homepage	
Ich bin auf die Förderung aufmerksam geworden durch...	

1.2. Unternehmensart gemäß KMU-Definition³

Unternehmensart	
Beschäftigte Personen	
Jahresumsatz	

¹ Falls nicht einschlägig - Vorname und Name des/der InhaberIn.

² Bitte reichen Sie zur Legitimation Gründungs- oder Registerdokumente sowie eine gültige Ausweiskopie eines Vertretungsberechtigten, falls abweichend, zusätzlich eine gültige Ausweiskopie der handelnden Person ein.

³ Maßgeblich für die Einstufung als Kleinunternehmen bzw. als ein kleines oder mittleres Unternehmen ist die Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen ABl. der EU L 124/36 vom 20.05.2003 bzw. der Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der EU-Kommission vom 17.06.2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union EU-Vertrag (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO), ABl. der EU L 187 vom 26.06.2014.

1.3. AnsprechpartnerIn (AntragstellerIn)

Name, Vorname	
Telefon	
E-Mail	

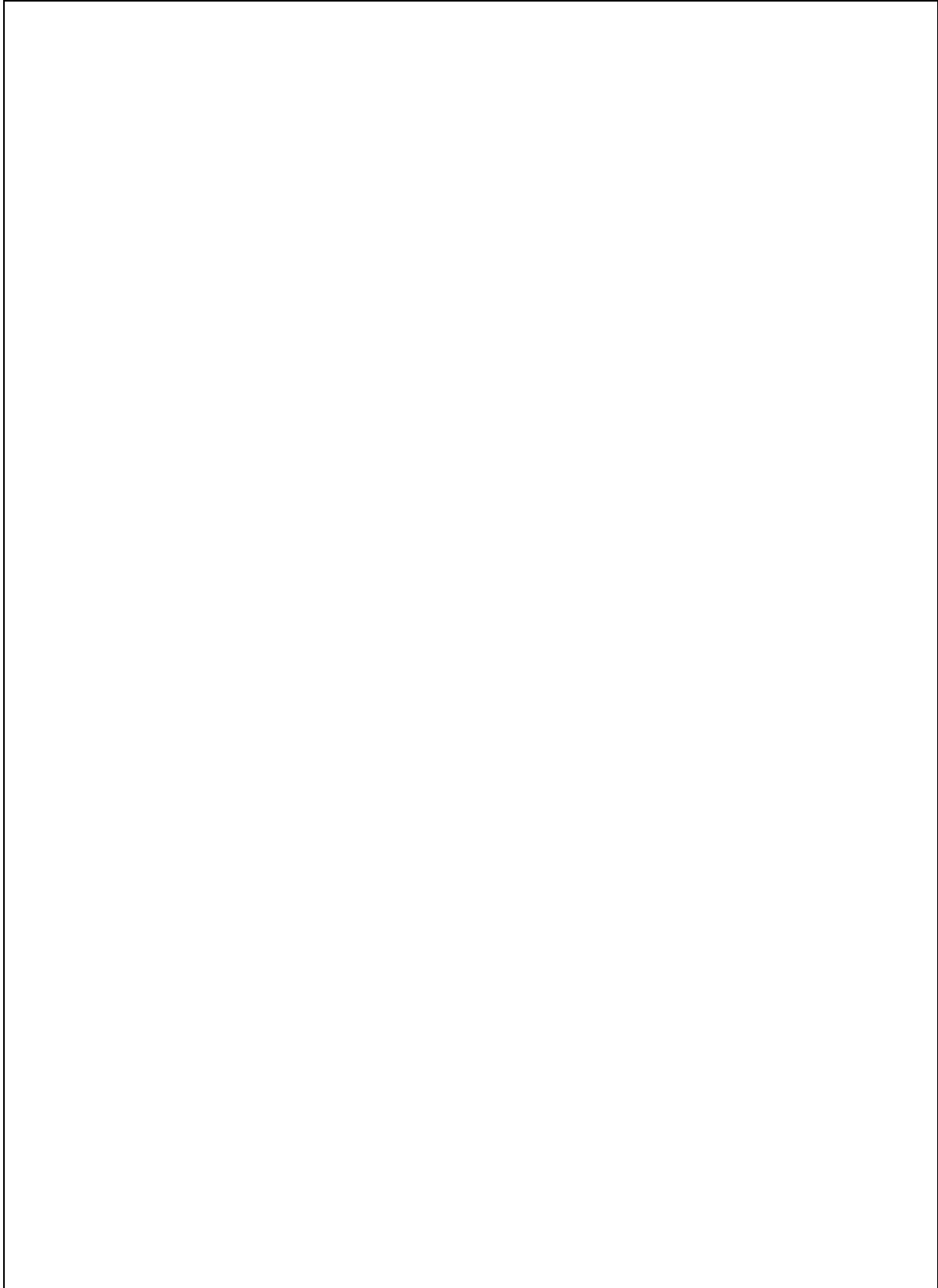
1.4. AnsprechpartnerIn (Kommune)

Die Antragstellung muss in Kooperation (Konsortium) mit einer Kommune erfolgen, da in der Regel nur so das Zusammenspiel mit dem Parkraummanagement der Kommune und der Rückbau von Kfz-Stellplätzen im öffentlichen Raum gewährleistet werden kann.

Kommune	
AnsprechpartnerIn Name, Vorname	
Telefon	
E-Mail	

1.5. Ggfs. weitere Konsorten

Bitte erläutern Sie die Zusammenarbeit mit weiteren Konsorten und benennen diese ggfs. inkl. AnsprechpartnerIn (max. 500 Wörter). Reichen Sie als Anhang bitte auch den dazugehörigen Konsortialvertrag ein.

A large, empty rectangular box with a thin black border, intended for the user to provide details about their collaboration with other consortium members, including names and contact information, and to attach the consortium agreement.

1.6. Angaben zu einer GbR

Die GbR ist unternehmerisch tätig.

<input type="checkbox"/> Ja
<input type="checkbox"/> nein

GesellschafterIn der GbR

Name	Adresse	Die Personen sind mindestens 18 Jahre alt.
		<input type="checkbox"/> Ja
		<input type="checkbox"/> Ja
		<input type="checkbox"/> Ja
		<input type="checkbox"/> Ja

1.7. Wirtschaftliche Tätigkeit⁴

<p>Der/Die AntragstellerIn bietet Güter oder Dienstleistungen auf einem Markt an.</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p>Bitte erläutern Sie die Tätigkeit und das Einsatzgebietes bzw. die Nutzung des beantragten Vorhabens.</p>
<p>Die Aktivitäten des/der AntragstellerIn werden in wirtschaftlich und nicht wirtschaftlich unterteilt.</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p>Bitte beschreiben Sie den jeweiligen Bereich.</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p>
<p>Die beantragte Zuwendung dient der Umsetzung des beantragten Vorhabens im nichtwirtschaftlichen Bereich.</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p>

⁴ Ein „Unternehmen“ ist jede Einrichtung, die einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgeht. Dabei sind vor allem die Aktivitäten der Einrichtung entscheidend und nicht die Rechtsform, Art der Finanzierung oder Gewinnerzielungsabsicht. Somit können auch Kommunen, gemeinnützige Organisationen und andere öffentliche Einrichtungen Unternehmen darstellen, wenn sie eine entsprechende Tätigkeit ausüben.

„Wirtschaftliche Tätigkeit“ bedeutet, Waren oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt anzubieten. Markt meint hier nicht nur Wochenmarkt oder Vergleichbares, sondern jede Form des Angebots von Waren und Dienstleistungen in einem wirtschaftlich organisierten Umfeld. Wenn andere Marktteilnehmer die gleiche Ware oder Dienstleistung anbieten könnten, handelt es sich um eine wirtschaftliche Tätigkeit.

2. Angaben zum E-Quartiershub

2.1. Projektbeschreibung

Bitte erläutern Sie im Rahmen einer kurzen (max. 500 Wörter) Projektbeschreibung die **zentralen Bestandteile, Ziele und den Mehrwert** für die Allgemeinheit des geplanten Vorhabens. Hinweis: Ergänzende Unterlagen (Bilder, Karte, etc.) können dem Anhang des Antrags beigefügt werden.

2.2. Standort des geplanten E-Quartiershub

Standortname/Projektname	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Art des Projekts	
Geplanter Projektstart	
Geplante Fertigstellung/Inbetriebnahme	

Weiterer Standort bei verteilten E-Quartiershubs 1

Standortname/Projektname	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Art des Bauprojekts	

Weiterer Standort bei verteilten E-Quartiershubs 2⁵

Standortname/Projektname	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Art des Bauprojekts	

⁵ Für die Angabe weiterer Standorte fügen Sie bitte einen weiteren Anhang hinzu.

2.3. Einzugsgebiet des E-Quartiershubs

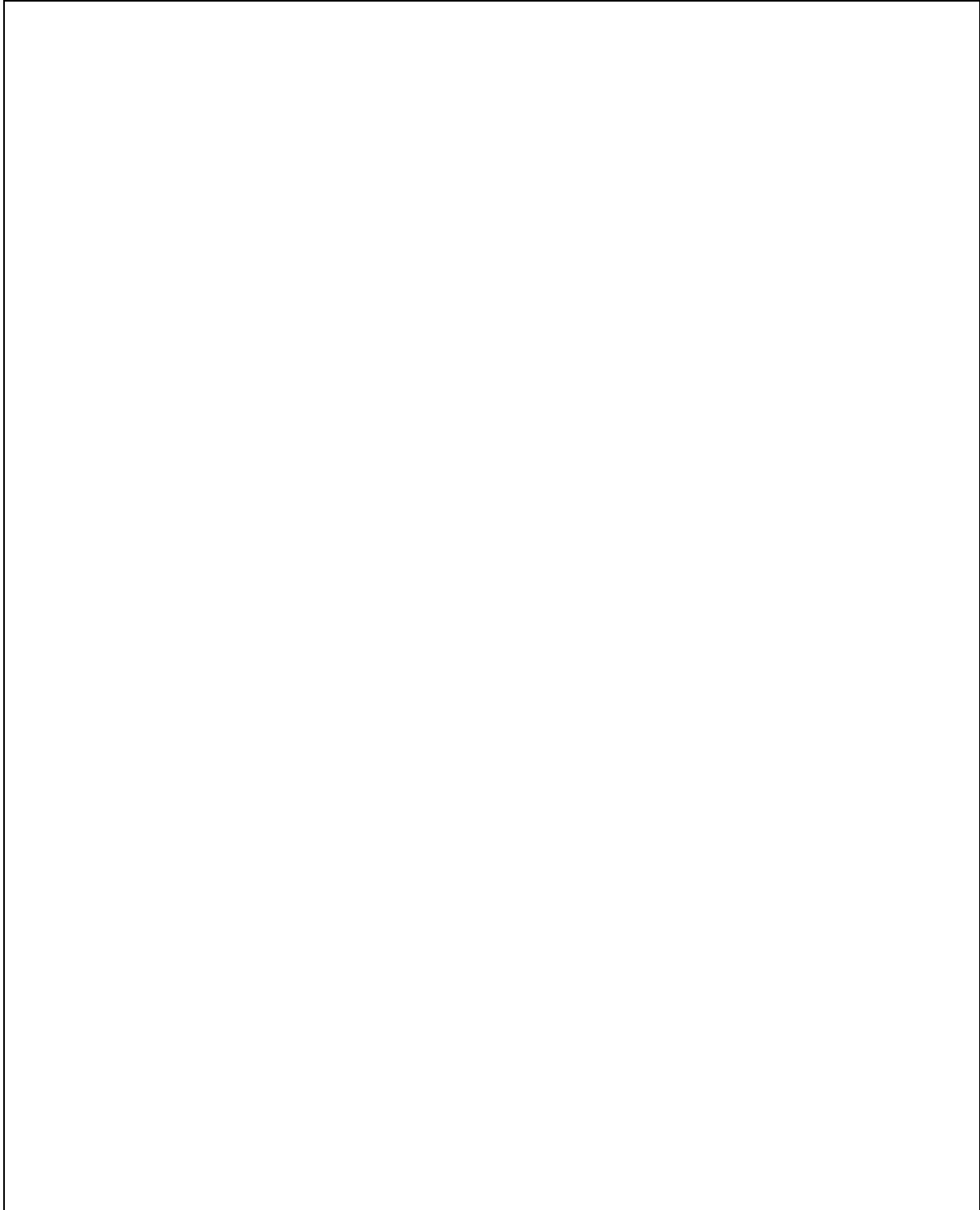
Bitte erläutern Sie im Rahmen einer kurzen (max. 250 Wörter) Erläuterung das Einzugsgebiet des E-Quartiershubs mit den definierten Kriterien sowie den dahinführenden Entscheidungsprozess. Der/die AntragstellerIn muss in Absprache mit der Kommune das Einzugsgebiet des Quartiers in einer ausreichenden Genauigkeit definieren. Hinweis: Ergänzende Unterlagen (Bilder, Karte, etc.) können dem Anhang des Antrags beigelegt werden.

Anzahl der Parkflächen im öffentlichen Straßenraum des Quartiers	
Anzahl der Bewohner im Quartier	ca.
Anzahl der im Quartier zugelassenen PKW (EG-Fahrzeugklasse M1)	ca.

2.4. Parkraumnutzungsmodell

Bitte legen Sie dar (max. 500 Wörter), wie eine Mischnutzung von KundInnen/Gästen/MitarbeiterInnen (Kurzzeitparken) und AnwohnerInnen (Dauerparken) innerhalb des E-Quartiershubs sichergestellt wird. Dabei ist insbesondere darauf einzugehen, in welchen Zeiten Parkraum von AnwohnerInnen genutzt werden kann und wie der Wechsel von Kurzzeit- zu Dauerparken geregelt wird.

Dies gilt auch für Regelungen im Falle von Fehlbelegungen (zeit- und antriebsbezogenes Falschparken).



2.5. Gesetzliches Mindestmaß für Ladeinfrastruktur nach GEIG⁶

Insgesamt gesetzlich gefordertes Anzahl an Ladeinfrastruktur gemäß GEIG im gesamten Hub	
Davon bereits umgesetzt bzw. in Planung	

2.6. Tarifmodelle zur Nutzung der Stellplätze und LIS

Für die Bewilligung des Förderantrags muss wie in den Fördergrundsätzen beschrieben, das Tarifmodell zur Nutzung der Stellplätze für Kurzzeit- und Dauerparkende sowie zur Nutzung von Stellplätzen für Sharing Fahrzeuge und von Ladeinfrastruktur für Kurzzeitparkende und Dauerparkende darlegt werden. Die Gestaltung der einzelnen Tarifmodelle muss in Anlehnung an die marktüblichen Preise erfolgen (max. 500 Wörter).

⁶ Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität.
Gesetzlich geforderte Ladeinfrastruktur kann über den vorliegenden Förderantrag nicht beantragt/bezuschusst werden!

2.8. Vernetzung verschiedener Fahrzeug- und Mobilitätsformen im Hub

Bitte legen Sie dar (max. 500 Wörter), welche Fahrzeug- und Mobilitätsformen im E-Quartiershub miteinander vernetzt werden und wie dies im Detail umgesetzt wird.

2.9. Zeitplan- und Meilensteinplan

Bitte legen Sie einen mit dem Konsortium abgestimmten Zeitplan- und Meilensteinplan des Projekts dar. Hierzu kann der/die AntragstellerIn eine schriftliche (max. 500 Wörter) oder/und grafische Version (ggf. als Anhang) des Zeitplans bzw. gerne auch eine Kombination aus beidem nutzen.

3. Angaben zum Finanzrahmen des E-Quartiershubs

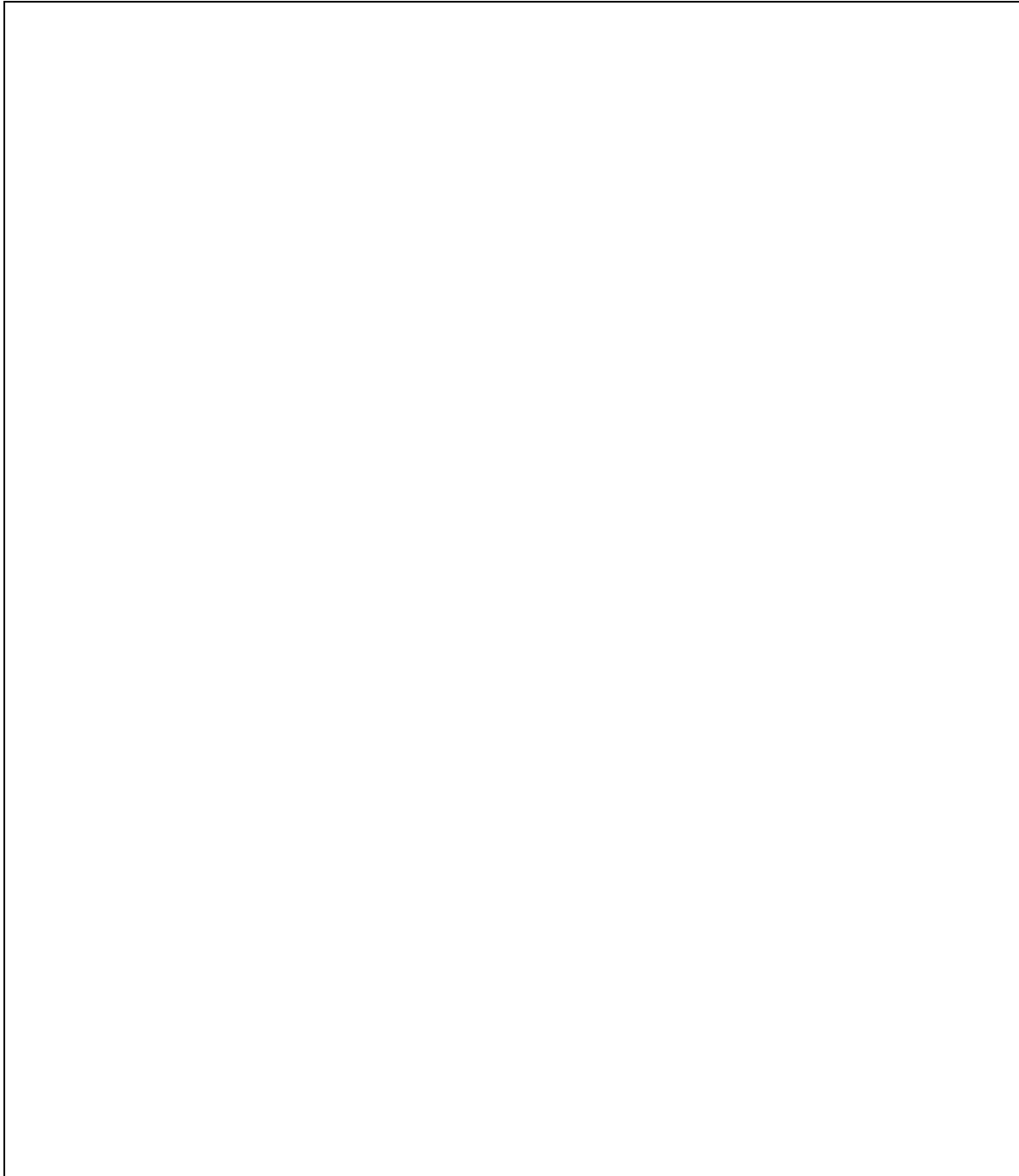
Bitte nutzen Sie für die Eintragungen zu Investitionsangaben und Fördersummenberechnung das unter (www.elektromobilität-bw.de) bereitgestellte Excel- Formular. Das Formular muss als Anhang der Förderantrag beigelegt werden.

Übertragen Sie bitte im Folgenden die Werte aus Anhang 1.

Investitionskosten (Siehe Wert aus Zeile 28 im Reiter „Zusammenfassung“)	
Beantragte Fördersumme (Siehe Wert aus Zeile 30 im Reiter „Zusammenfassung“)	

3.1. Ausgaben- und Finanzierungsplan

Bitte skizzieren Sie Ihren Ausgaben- und Finanzierungsplan des Projektes (max. 500 Wörter). Alternativ zum Freitext kann auch ein aussagekräftiger Anhang beigefügt werden.

A large, empty rectangular box with a thin black border, intended for the student to sketch their expenditure and financing plan. The box is currently blank.

4. Erklärungen

- Beginn des Vorhabens**

Ich/Wir erkläre/n, dass nach Artikel 6 AGVO und nach Nummer 1.2 der VV-LHO zu § 44 nur für Projekte bewilligt werden können, mit denen zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht begonnen worden ist. Ein Projekt gilt als begonnen, sobald erste rechtsverbindliche Verpflichtungen, insbesondere aufgrund entsprechender Lieferungs- oder Leistungsverträge, eingegangen wurden. Zum Zeitpunkt des Projektbeginns muss der Zuwendungsbescheid vorliegen.
- Bestätigung**, dass der/die AntragstellerIn zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.
- Bestätigung**, dass keine weiteren öffentlichen Mittel beantragt wurden oder werden.
- Bestätigung**, dass das Vorhaben ohne die Förderung in der Form nicht durchgeführt werden kann.
- Nutzung**

Ich/Wir bestätige/n, dass der/die E-Quartiershub/s interessierten NutzerInnen zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen zur Verfügung gestellt wird.
- Energieversorgung**

Ich/Wir bestätige/n, dass die Versorgung der Ladepunkte ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen (z. B. Strom aus der eigenen Photovoltaikanlage bzw. vor Ort eigenerzeugter regenerativer Strom) erfolgt. Sofern der vor Ort erzeugte Strom hierfür nicht ausreicht, wird der Strom aus erneuerbaren Energien, die durch einen Grünstrom-Liefervertrag nachgewiesen werden, bezogen.
- Interoperabilität**

Ich/Wir bestätige/n, dass jeder Ladepunkt für das kabelgebundene Wechselstromladen für das Laden von Pkws und vierrädrigen (Leicht)Kraftfahrzeugen mindestens mit Steckdosen oder Fahrzeugkupplungen des Typs 2 (Norm DIN EN 62196-2) und für das Gleichstromladen mit Kupplungen des Typs Combo 2 (DIN EN 62196-3) ausgestattet sein wird. Für das Laden von (S-) Pedelecs und E-Lastenräder gelten diese Voraussetzungen nicht.

Für das Laden von (S-) Pedelecs und E-Lastenräder ist die Installation von herkömmlichen Haushalts- und Industriesteckdosen zulässig.
- Preistransparenz**

Ich/Wir bestätige/n, Preistransparenz zu gewährleisten. Dazu muss der Preis für das punktuelle Laden an öffentlich zugänglichen Ladepunkten angegeben werden (Display und/oder Preisschild). Der für die Nutzung oder den Verkauf der Infrastruktur in Rechnung gestellte Preis muss dem jeweils aktuellen Marktpreis entsprechen.
- Roaming**

Ich/Wir bestätige/n, dass mittels Roaming sichergestellt ist, dass für öffentlich zugängliche Ladepunkte mittels Roaming ein diskriminierungsfreier Zugang für Vertragskunden anderer Anbieter möglich ist. Die geförderte Ladeinfrastruktur muss bei vertragsbasiertem Laden den Zugang mindestens per App und RFID-Karte ermöglichen.

- Meldepflichten und Netzanschlussbedingungen**
Ich/Wir bestätige/n, dass die Meldepflichten und Netzanschlussbedingungen von mir/uns eingehalten werden.
- Finanzierung**
Ich/Wir bestätige/n, dass die Finanzierung der Gesamtaufwendungen und der Folgekosten sichergestellt ist.
- Subventionsrelevanz in Bezug auf § 264 Strafgesetzbuch**
Mir/Uns ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben und hierzu beigefügte Anlagen für die Bewilligung und Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Bestehen der Finanzhilfe subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch sind. Mir ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 Strafgesetzbuch bekannt.
- Datenverarbeitung**
Ich/Wir willige/n ein, dass die in den Antragsunterlagen enthaltenen Daten zum Zweck der ordnungsgemäßen Bearbeitung elektronisch verarbeitet und gespeichert werden. Zudem ist das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg oder von ihm beauftragte Institutionen befugt, die Daten statistisch auszuwerten, die Ergebnisse dieser Auswertungen in anonymisierter Form zu veröffentlichen.
- Insolvenzverfahren**
Über das Vermögen meines/unseres Unternehmens ist weder ein Insolvenz- oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, noch erfüllt das Unternehmen die Voraussetzungen für die Eröffnung eines solchen Verfahrens auf Antrag seiner Gläubiger-Innen. Gleiches gilt für die Verpflichtung zur Abgabe oder Abnahme einer Vermögensauskunft nach § 802 c Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 Abgabenordnung (AO).
- Rückforderung Kommissionsentscheidung**
Mein/unsere Unternehmen stellt kein Unternehmen dar, das eine Rückforderung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist.
- Unternehmen in Schwierigkeiten**
Mein/unsere Unternehmen ist kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der aktuell gültigen Fassung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABI EU Nr. L 187 vom 26. Juni 2014) - Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO).
- Auftragsvergabe**
Die Vergabe von Aufträgen in Bezug auf die Beschaffung und Errichtung wird unter Berücksichtigung der ggf. geltenden rechtlichen Vorgaben erfolgen (bspw. Nr. 3 ANBest-P).
- Einsatz der Fördermittel und Fahrzeuge**
Ich/Wir bestätige/n, dass ich/wir das geförderte Vorhaben in Baden-Württemberg errichten sowie die geförderten Sharing Fahrzeuge überwiegend in Baden-Württemberg genutzt werden.

Erfolgskontrolle

Sofern die Förderung bewilligt wird, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, den/die E-Quartiershub/s für die Dauer der sechsjährigen Zweckbindungsfrist (Fahrzeuge: drei Jahre nach Inbetriebnahme des E-Quartiershubs) zu betreiben sowie die erforderlichen Nachweise gemäß den Förderbedingungen für E-Quartiershubs dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg vorzulegen. Dieser Verpflichtung komme ich ohne weitere Aufforderung nach.

Widerruf

Ich/Wir bestätige/n, dass das Ministerium für Verkehr den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise widerrufen und bereits gewährte Zuwendungen zurückfordern kann, wenn:

- der/die ZuwendungsempfängerIn die Mittel nicht entsprechend dem Zweck der Zuwendung verwendet,
- die geförderte Maßnahme innerhalb eines Zeitraumes von 6 Jahren, gerechnet ab dem auf die Inbetriebnahme folgenden Kalenderjahr, dem Zweck der Zuwendung ganz oder teilweise entfremdet wurde,
- innerhalb von 6 Monaten nach Beendigung der Maßnahme dem Ministerium für Verkehr kein Verwendungsnachweis vorgelegt wurde.

Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheids sowie als Folge hiervon die Rückforderung und Verzinsung der Zuwendung richten sich nach dem Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG, insbesondere §§ 43, 48, 49, 49a LVwVfG). Insoweit wird auf Nr. 8 der ANBest-P verwiesen.

Einverständnis Kontaktaufnahme

Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg kann mich/uns gegebenenfalls für Veranstaltungen mit Themenbezug zum Vorhaben, Vernetzungen mit anderen Vorhabenträgern und weiteren potenziellen Förderungen kontaktieren.

Vollständigkeit der Angaben

Ich/Wir bestätige/n, dass die vorstehenden und in den Anlagen zu diesem Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind. Mir/uns ist bekannt, dass falsche Angaben die Rückforderung des bewilligten Zuschusses zur Folge haben können. Änderungen und Abweichungen vom Antrag sind unverzüglich mitzuteilen.

5. Anlagen⁷

<input type="checkbox"/>	Legitimationsnachweis inkl. Ausweiskopie
<input type="checkbox"/>	Konsortialvertrag
<input type="checkbox"/>	Ergänzende Unterlagen zu 2.1 zum E-Quartiershubs (Karten- und Bildmaterial etc.)
<input type="checkbox"/>	Weitere Standorte E-Quartiershubs
<input type="checkbox"/>	Ergänzende Unterlagen zu 2.3 zum Einzugsgebiet des E-Quartiershubs (Karten- und Bildmaterial etc.)
<input type="checkbox"/>	Ergänzende Unterlagen zu 2.7.1 zur Neugestaltung der freiwerdenden Flächen (Karten- und Bildmaterial etc.)
<input type="checkbox"/>	Zeitplan- und Meilensteinplan
<input type="checkbox"/>	Anlage 1 - Investitionsangaben und Fördersummenberechnung
<input type="checkbox"/>	Ausgaben- und Finanzierungsplan
<input type="checkbox"/>	Sonstige Anlagen (Bitte benennen)

Der/Die AntragstellerIn hat die Datenschutzerklärung des Ministeriums für Verkehr (Datenschutz: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (baden-wuerttemberg.de) zur Kenntnis genommen.

(Ort und Datum)

Unterschrift/Stempel (AntragstellerIn)

⁷ Bitte kreuzen Sie nur die Anlagen an, die dem Antrag wirklich beigelegt sind.